

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Einzelblatt frei Hand Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.25 M.
einfachstatisch Postbeihilfe

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachst. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsseite 1.40 M., im Heftmetall 2.50 M., Familienanzeigen 1.80 M. — Für unbedeutlich gehaltene, sowie durch Geschreiber aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Zentrum und Staatsform

Es ist mehr als Zufall, daß gelegentlich der Preußenswahlen wieder einmal die Frage „Republik oder Monarchie“ aufgeworfen wurde. Während sich die langjährige Vorkämpferin für die demokratische Staatsform, die „Frankfurter Zeitung“, von neuem zu ihrem Ideal bekannte und mit den Gegnern abrechnet, stellt Eduard Bernstein im „Vorwärts“ eine Betrachtung an über die Haltung der einzelnen Parteien, speziell des Zentrums und der deutschdemokratischen Partei zum Problem der Staatsform. Er kommt zu dem Ergebnisse, daß die beiden bürgerlichen Parteien ja für die Republik seien, doch aber weit Kreise der Wählerschaft dieser Parteien innerlich mit der augenblicklich in Preußen und im Reich bestehenden Staatsform nicht verwachsen würden. Und so sei nicht damit zu rechnen, daß Zentrum und demokratische Partei in Stunden ernste Gefahr mit Ausicht aller Kräfte für die Republik kämpfen würden. Letzteres sei diesen Parteien nicht Herzogen, sondern Vernunftsache. Was Eduard Bernstein bezüglich des Zentrums sagt, wird man auf unserer Seite verstehen. Sollte er allerdings die Treue des Zentrums zur Verfassung anzweifeln wollen, so müssen wir dies ganz entschieden zurückweisen. Bei einem großen Teile des Zentrumswählerschaft ist die Republik aus Vernunftgründen das Gegebene. Das Zentrum, das stets bestrebt war, Realpolitik zu treiben, hat sich, wie allgemein bekannt, bei der Eröffnung der Nationalversammlung auf den Boden der Neutralität und damit auch der republikanischen Staatsform gestellt. Nicht nur der verhorrende Zentrumsführer Gobert, sondern auch Heinrich Brinckmann haben dies wiederholt bestätigt. Daraus kann uns ebenso wenig ein Vorwurf erwachsen, wie umgekehrt aus der Tatsache, daß wir in unseren Reihen viel überzeugte Monarchisten haben.

Zu diesen Jahren, in denen Ruhe und Ordnung im Staate oft bedroht waren, haben manchmal friedliche Bürger in Erinnerung an die Vorkriegszeit Monarchie und Ordnung hervorgerufen, ohne allerdings zu berücksichtigen, daß unser Volk durch einen mehr denn vierjährigen Krieg, durch die Hungersnot und die damit verbundenen physischen und psychischen Schwächungen eine Wendung durchmachte, die im Staatlichen Leben der Nachkriegszeit unabdingt Rückschläge bringen mußte, sei von ein Kaiser oder ein Präsident an der Spitze des Staates. Erfreulich ist es, daß man — dies wird man zugeben müssen, wie immer man auch zur Staatsform steht — sich dabei auf beiden Seiten innerhalb unserer Partei von wirtschaftlich echt staatsbürgischen Gedanken leiten läßt. Letztendes will man nur das Bild der Volkgemeinschaft, sowie des Einzelnen in einem geordneten Rechtstaate. Gerade in der Zentrumspartei darf Freiheit bestehen bezüglich der Stellung zur Staatsform. Uns sind Parteidoktrinen weder an Monarchie noch Republik auf ewig. Wie betrachten die Staatsform als etwas, was man mit der Geschichte des Volkes in Einklang bringen muß. Wie sehen Recht und Schaffen über und darüber. Unverkennbar sind einzelne Vorgänge in unserer jungen Republik nicht geeignet, das Interesse derselben zu stören. Ungerecht wäre es aber, wollte der Politiker vergessen, daß die neue Staatsform wie alles andere im Leben Menschenheitsgeschichte gemacht hat. Wir wissen auch andererseits, daß Preußen-Deutschland manchem seiner Herrscher vor verbannt hat, verlorenen aber auch nicht zum Beispiel die Schwäche Wilhelm II. in der Frage des Sozialpionier. Trotz Februarerlaß, trog der Mahnworte eine Adolf Hitler und Friedrich Naumann, Wolls- und Sozialpolitik zu treiben, blieb man tief und untermalte dabei den Theorem, auf dem sich die Sprößlinge einer Dynastie Jahrhunderte hinreichend sicher fühlten durften. Da, dies ist die grundlegendste aller Erwiderungen: eine Monarchie ist heute unmöglich, weil die öffentliche Meinung, das heißt das Vertrauen weitestes Kreise zu ihr durch die Ereignisse der letzten Jahre erschüttert ist. Was an Falschem und Wahnsinn vor, während und nach der Revolution ins Volk gedrungen ist, wird und muß nachweisen. Andererseits steht unser Volk vor der schwierigsten Aufgabe, die ihm gestellt werden konnte. Es soll aus den Trümmern des Kaines des alten Deutschen Reiches ein neues wohltägiges Gebäude errichten. Hierbei bedarf es der letzten Mitarbeitenden Hand, aber auch der Verantwortung des letzten Gliedes unserer Volkgemeinschaft. Darum der Volksstaat! Darum auch ein offenes und feierliches Bekennen zu ihm. Nicht nur dem Vergangenen nachzutun, sondern und vor allen Dingen dem Gegenwärtigen Rechnung tragen, das ist Zentrumspolitik, das ist die Aufgabe unserer Partei. Und da sind wir ehrig mit der großen Rechtfertigung unseres Volkes: Volksstaat, Volksmitarbeit, Volksmitverantwortung sichern mit Wort und Tat gegenüber den Verfechtern der Diktatur von links wie auch gegenüber denen von rechts, die jeden Wirklichkeitsinn vermissen lassen und in diesen Tagen, da Einigkeit unseres Volles dringendstes Gebot der Stunde ist, beweisen, daß ihnen Parteidoktrine und Parteilehre, vor allem aber das Streichen von Sondervorteilen höher steht, als das, dem wir alle dienen sollten, unserer Volkgemeinschaft.

Schulkompromiß und Deutschnationale

In einer Versammlung in Köln-Widdersdorf hat kurz vor den preußischen Wahlen der Reichs- und Landtagsabgeordnete Universitätsprofessor Dr. Lautscher auf die Angriffe von deutschnationaler Seite geantwortet. Über das vollständige Versagen der Deutschnationalen beim Weimarer Schulkompromiß hat Abgeordneter Lautscher folgende interessante Ausführungen gemacht:

Die Deutschnationalen sind sehr ungehalten darüber, wenn ihnen vorgehalten wird, sie hätten in Weimar bei dem berühmten

Schulkompromiß

versagt. Sie antworten mit dem Vorwurf, das Zentrum habe sie nicht informiert, es habe nicht mit ihnen, sondern mit den sozialen Linksparteien verhandelt. Es handelte sich um die Zukunft der konfessionellen Schule und der privaten Schulen. Die Linke war unerbittlich. Alle Ausdrucksverträge, und an ihnen hatten natürlich auch die Rechtsparteien teilgenommen, hatten ein trostloses Resultat ergeben. Die Gründung von konfessionellen und privaten Schulen sollte, wenn die Eltern sie verlangten, vollständig von der Willkür der Behörden resp. der fünfzigsten Gesetzgebung abhängen. Diese Lösung, eine ganz erbärmliche Lösung, nannte der deutschnationale Fraktionsvorsitzende Dr. Pohlma „nicht befriedigend, aber erträglich“.

Das Zentrum und diese Lösung daran und unerträglich. (Lebhaftes Sehe raus!) Es wollte das Elternrecht an einem Platz kommen lassen und die konfessionelle Schule nicht abhängig machen von der Willkür des fünfzigsten Gesetzgebers. Wenn Sie sich einmal aus, welche Lebensmöglichkeiten sich der konfessionellen Schule boten, wenn der Gesetzgeber darüber zu befinden hatte, ob sie errichtet wurde, etwa in Saarau, in Braunschweig, in Bremen, Einfall! Da konfessionelle Schule wäre mit dieser Lösung einfach zum Tode verurteilt gewesen in weiten, weiten deutschen Gebieten. Aber die Linke wollte von diesem Boden nicht weichen, größere, weitreichende Konzessionen wollte sie nicht mehr machen. Da gab etwas für diese Lage Erleichterung: Aufgabe der Friedensverhandlungen und der Umstände, die begleiteten, traten die Demokraten aus der Koalition aus. Das war, so merkwürdig es klingen mag, für das Zentrum eine Erleichterung der Situation. Das Ausstehen der Demokraten verschärft das Gewicht des Zentrums. Es gelang dem Zentrum, mit den Sozialdemokratie das erste Weimarer Schulkompromiß durchzudringen, hemmungslos fünfzig der Charakter der Schule, ob similiare, ob konfessionell oder weltlich, einfach vom Elternwillen abhängig gemacht wurde. Diese Lösung war die allerbeste. (Sehr richtig!).

Die Rechtsparteien, das ist richtig, waren in die Unterhandlungen nicht hineingezogen worden. Aber es muß berücksichtigt werden, daß gerade in diesen lebten Juri und ersten Kultusminister die Opposition der Rechten gegen die Koalition, also auch gegen das Zentrum, derart lebensfeste Formen angenommen hatte, daß keine Möglichkeit bestand, sich mit den Rechtsparteien in ein vertragliches Benehmen zu setzen. Hätte das Zentrum das getan, hätte es das auch nur versucht, dann wäre jede Möglichkeit, die Sozialdemokratie bei der Stange zu halten und zu treuen Beschlüssen an dem geschlossener Komitee zu verhindern, in Notfall gekommen. Kurzum: Insgesamt lagen die Dinge doch den Rechtsparteien vor, bevor sie vor Vertretern gesetzt wurden. Sie konnten sich davon überzeugen, daß hier die wahre Lage der Dinge mit Rücksicht auf die Stärke der Linksparteien relativ plausibel Lösung gefunden war, die überhaupt gelten werden konnte. Sie konnten ja doch vor den Rücksichtnahmen her die Situation.

Und was taten sie?

Als Vertreter der Deutschnationalen Partei wurde der Abgeordnete Traub, ein ganz links stehender protestantischer Theologe, vorausgesetzt, daß das Kompromiß in einer lebenswissenschaftlichen Kampferei in Faust und Fogen verurteilte, und ihm schlossen sich die beiden Rechtsparteien an. Damit sollte durch Traubs Schul verhindert werden, die Demokraten führen in ihrer Breite gleichfalls eine Hebe gegen die Vereinbarung. Die Wehrheitspartei, die nur mit Mühe von ihren Führern zur Annahme des Kompromisses hatten bestimmt werden können, fragte gleichfalls na zu machen. Wollte das Zentrum jetzt nicht die Gelegenheit ausnutzen, daß alles versucht, das einzige der Ausschluß entzog, wieder herzugeben und alles wieder in das willkürliche Tunen der Gesetzgebung feststellen, so mußte es sich jetzt mit einem Denken beschäftigen.

So stehen die Dinge in diesem Punkte. Die Rechtsparteien loben hier, so habe ich in einer Versammlung in Köln gehört, verlangt. Ich habe damit keine Schwierigkeit ausgesprochen. Wenn ich sage: Sie haben verlangt, so habe ich damit nur ausgedrückt, daß sie das Gewicht ihres Einflusses nicht genugtun des ersten günstigen Schulkompromisses in die Wege geleitet haben, wie wir das von ihnen erwartet haben und erwarten dürfen!!

Block Stresemann-Scheldemann in Preußen?

Mehrere der Deutschnationalen Volksvertreter wollen von einer Stelle, die es wissen mög, unterrichtet sein, „daß bereits seit einiger Zeit zwischen der Deutschen Volkspartei und den gegenwärtigen Regierungsparteien in Preußen eine Verständigung dafür erzielt worden ist, daß die Deutsche Volkspartei zusammen mit der Sozialdemokratie nach den Preußenswahlen in die neue Regierung Preußens eintreten wird“. Da diese Nachricht kurz vor den Wahlen erschien, darf man wohl dieselbe zunächst als ein Wahlmanöver ansiehen. Zudem denkende Politiker dürfte es ohne weiteres klar sein, daß sich die politischen Parteien kaum eine Koalition binden werden, ehe das Wahlergebnis feststeht. Erst auf Grund des Wahlergebnisses werden eingehende Bindungsversprechen zwischen den für die Regierung in Vertracht kommenden Parteien stattfinden können. So ist diese Nachricht zum mindesten den Tatsachen vorause.

Montag, 21. Februar 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden 21. Holbeinstraße 46

Die Wahlen in Preußen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 21. Februar. Nach den vorliegenden Meldungen ist der Wahltag im allgemeinen ruhig verlaufen. Über die Wahlbeteiligung läßt sich gegenwärtig noch kein klares Urteil geben. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen ein starkes Ansteigen der Rechtsparteien, besonders der Deutschnationalen. Das Zentrum hat nach den bisherigen Ergebnissen ebenfalls zugewonnen. Die Demokraten haben offenbar eine geringe Einbuße an Stimmenzahl erlitten, desgleichen in ein starker Rückgang der Unabhängigen zu verzeichnen. Das Bild zeigt gegenwärtig einen bedeutenden Anwachs der extremen Flügel, während die bürgerlichen Mittelparteien etwas zurückgegangen sind.

Berlin. Gesamtergebnis 1 Uhr früh. Drit. B. 105.911 (122.000), D. B. 121.565 (150.000), R. 37.000 (46.000), Dem. 67.910 (75.000), W. 208.809 (187.000), Unabh. 197.815 (190.000), Stimm. 110.899 (140.000), Wirtschaftspartei 462.8 (60), Niedersächsische Landespartei 29 (0). Die in Klammern angegebenen Zahlen zeigen das Stimmenterminus des Reichstagwahl vom 6. Juni 1920 an. Somit sind gewählt 4 Deutschnationale, 3 Deutsche Volksparteien, 1 Zentrum, 1 Demokrat, 5 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 3 Kommunisten und 1 Wirtschaftspartei.

Charlottenburg. Gesamtergebnis: Drit. B. 34.754, D. B. 29.489, Dem. 18.801, R. 5722, Wirtschaftsp. 27.100, Unabh. 18.872, Stimm. 9002. **Spandau.** Gesamtergebnis 27.100. Wirtschaftspartei 462.8 (60), Niedersächsische Landespartei 29 (0). Die in Klammern angegebenen Zahlen zeigen das Stimmenterminus des Reichstagwahl vom 6. Juni 1920 an. Somit sind gewählt 4 Deutschnationale, 3 Deutsche Volksparteien, 1 Zentrum, 1 Demokrat, 5 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 3 Kommunisten und 1 Wirtschaftspartei.

Wittenberg. Gesamtergebnis: Drit. B. 215.9, R. 598 (55.877), Unabh. 107.8, Stimm. 115.8, Wirtschaftspartei 22.8. **Eberswalde.** Stimm. Gesamtergebnis: Drit. B. 8.398, D. B. 1656, Dem. 1102, R. 193, Wirtschaftsp. 2071, Unabh. 1065, Stimm. 1922, Wirtschaftspartei 1039. **Frankfurt (Oder).** Drit. B. 8.919, D. B. 9.039, Dem. 6276, R. 3454, Wirtschaftsp. 27.726, Unabh. 19.223, Wirtschaftspartei 27.092. **Braunschweig (Havel).** Stimm. Gesamtergebnis: Drit. B. 215.9, R. 598 (55.877), Unabh. 107.8, Stimm. 115.8, Wirtschaftspartei 22.8. **Eberswalde.** Stimm. Gesamtergebnis: Drit. B. 8.398, D. B. 1656, Dem. 1102, R. 193, Wirtschaftsp. 2071, Unabh. 1065, Stimm. 1922, Wirtschaftspartei 1039. **Frankfurt (Oder).** Drit. B. 8.919, D. B. 9.039, Dem. 6276, R. 3454, Wirtschaftsp. 27.726, Unabh. 19.223, Stimm. 23.0.

Köln. Wähler: D. B. 9280, D. B. 25.780, R. 71.876, Wirtschaftsp. 45.228, Unabh. 3304, Stimm. 15.845. **Aachen.** Bis 11 Uhr nachts: Drit. B. 18.904, D. B. 28.888, Dem. 16.089, Drit. B. 19.285, Wirtschaftsp. 8749, Unabh. 1121, Stimm. 15.07. **Bochum.** Im gesamten rheinisch-westfälischen Industriebezirk und nach den bisher vorliegenden Meldungen die Wahlen ohne jede Störung verlaufen. Aus Bochum, Witten, Dortmund, Münster, Gladbeck, Hamm, Mülheim, Duisburg und Hamm wird berichtet, daß die Beteiligung an der Wahl sehr groß gewesen ist. Insbesondere rechnet man im rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit einer Wahlbeteiligung von 85 bis 90 v. H. Am Ende lassen die Befürchtungen der Tageszeitungen auf einen großen Erfolg der Kommunisten schließen. **Bochum-Stadt und Land.** Drit. B. 20.888, D. B. 6431, Dem. 12.128, R. 12.500, Wirtschaftsp. 8287, Unabh. 617, Stimm. 28.03. **Hagen (W).** Bei Schönlem-Westen war die Wahlbeteiligung sehr stark, in einzelnen Städten bis zu 80 v. H. Im Durchschnitt etwa 75 v. H. Die Wahllokale verfügen in etwa 35 Befürchtungen auf einen großen Erfolg der Kommunisten schließen. **Bochum-Stadt und Land.** Drit. B. 20.888, D. B. 6431, Dem. 12.128, R. 12.500, Wirtschaftsp. 8287, Unabh. 617, Stimm. 28.03. **Hagen (W).** Bei Schönlem-Westen war die Wahlbeteiligung sehr stark, in einzelnen Städten bis zu 80 v. H. Im Durchschnitt etwa 75 v. H. Die Wahllokale verfügen in etwa 35 Befürchtungen auf einen großen Erfolg der Kommunisten schließen. **Gelsenkirchen.** Drit. B. 17.703 (162.0), D. B. 45.612 (45.110), R. und Witten 43.831 (46.000), Dem. 11.131 (10.150), Wirtschaftsp. 101.999 (187.019), Unabh. 8526 (28.000), Stimm. 12.515 (17.71). **Wirtschaftspartei 0.** Die in Klammern angegebenen Zahlen zeigen das Stimmenterminus des Reichstagwahl am 6. Juni 1920 an. Gemäß der in Gelsenkirchen (Sieg) und Gelsenkirchen-Land (Westen) verfügen die Befürchtungen auf einen großen Erfolg der Kommunisten schließen. **Gelsenkirchen-Land.** Drit. B. 17.703, D. B. 45.612, Unabh. 326, Stimm. 459, Wirtschaftspartei 0, Witten und R. 672. **Celler-Stadt.** Befürchtungen: Drit. B. 237, D. B. 3778 Wirtschaftsp. 4608, Unabh. 6078, Stimm. 4729. **Wahlberechtigung 75 bis 80 v. H.** **Gelsenkirchen-Land.** Drit. B. 17.703, D. B. 45.612, Unabh. 326, Stimm. 459, Wirtschaftsp. 0, Witten und R. 672. **Celler-Stadt.** Befürchtungen: Drit. B. 237, D. B. 3778 Wirtschaftsp. 4608, Unabh. 6078, Stimm. 4729. **Wahlberechtigung 75 bis 80 v. H.** **Gelsenkirchen-Land.** Drit. B. 17.703, D. B. 45.612, Unabh. 326, Stimm. 459, Wirtschaftsp. 0, Witten und R. 672. **Göttingen.** Drit. B. 3592, D. B. 7404, Dem. 10.99, Wirtschaftsp. 6.08, Unabh. 850, Stimm. 105. **Niedersächsische Landespartei 0.** Die in Klammern angegebenen Zahlen zeigen das Stimmenterminus des Reichstagwahl am 6. Juni 1920 an. Gemäß der in Göttingen (Sieg) und Göttingen-Land (Westen) verfügen die Befürchtungen auf einen großen Erfolg der Kommunisten schließen. **Magdeburg.** Der Wahltag ist weitestgehend verlaufen. Die Wahlbeteiligung war in den ersten Wählorten steil nach, dann jedoch den Nachmittagsstunden ab. Drit. B. 17.703, D. B. 45.612, Stimm. 10.000, Unabh. 10.000, Stimm. 10.000.

Hannover. (Wahl freit. 16, End-Zählung). **Hannover-Stadt.** Gesamtergebnis: Drit. B. 17.703 (162.0), D. B. 45.612 (45.110), R. und Witten 43.831 (46.000), Dem. 11.131 (10.150), Wirtschaftsp. 101.999 (187.019), Unabh. 8526 (28.000), Stimm. 12.515 (17.71). **Wirtschaftspartei 0.** Die in Klammern angegebenen Zahlen zeigen das Stimmenterminus des Reichstagwahl am 6. Juni 1920 an. Gemäß der in Hannover-Stadt (Sieg) und Hannover-Land (Westen) verfügen die Befürchtungen auf einen großen Erfolg der Kommunisten schließen. **Hannover-Land.** Drit. B. 17.703, D. B. 45.612, Unabh. 326, Stimm. 459, Wirtschaftspartei 0, Witten und R. 672. **Gelle-Stadt.** Befürchtungen: Drit. B. 237, D. B. 3778 Wirtschaftsp. 4608, Unabh. 6078, Stimm. 105. **Niedersächsische Landespartei 0.** Die in Klammern angegebenen Zahlen zeigen das Stimmenterminus des Reichstagwahl am 6. Juni 1920 an. Gemäß der in Gelle-Stadt (Sieg) und Gelle-Land (Westen) verfügen die Befürchtungen auf einen großen Erfolg der Kommunisten schließen. **Magdeburg.** Der Wahltag ist weitestgehend verlaufen. Die Wahlbeteiligung war in den ersten Wählorten steil nach, dann jedoch den Nachmittagsstunden ab. Drit. B. 17.703, D. B. 45.612, Stimm. 10.000, Unabh. 10.000, Stimm. 10.000.

Tulda. Das endgültige Wahlergebnis lautet wie folgt: Drit. B. 108, D. B. 710, Zent. 67.8 Wirtschaftsp. 285, Dem. 6.2, Unabh. 618, Stimm. 28, Wirtschaftsp. 34

Mittag den 21. Februar 1921.

einen weiteren Aufschwung nach rechts zu bringen, sowohl was das Abstimmungsgeschehen als auch die politischen Stimmen zum Bürgerstum bedeutet, als hinsichtlich einer starken Spaltung der mehrheitlich demokratischen Stimmen auf Kosten der NSDAP und der Kommunisten. Die Demokraten haben weiterhin verloren, die Nationalsozialisten etwas zugenommen. Die Stimmen der Wirtschaftspartei liegen in der Hauptrunde auf Kosten der linken Sozialpartei zu geben. Das Resultat sieht sich folgendermaßen: Dnat. B. 5647, D. B. 8139, P. 2000, Dem. 4810, Wirtschaftspartei 1785, Mehrheitspart. 19 107, Unabh. 1434, Komm. 1017, Breslau, Stadt. 800 Bezirke: Dnat. B. 21401, D. B. 10510, Dem. 7160, P. 15621, Wirtschaftspartei 8848, Mehrheitspart. 58 042, Unabh. 208, Komm. 4089, Kreisf. (sendungsfähig). Dnat. B. 14 772, D. B. 15 957, Dem. 4818, P. 8259, Landkreis 60, Mehrheitspart. 5255, Unabh. 8531, Komm. 10 893.

Halle (Stadt): Dnat. 17 806, D. B. 18 194, Dem. 12 117,

3. 1712, Soz. 10 196, Unabh. 72 000, Komm. 38 215.

Halle, Provinz-Hallenstaat: Ordnungspartei 5150, Dem. 2086,

3. 602, Soz. 3030, Unabh. 2840, Komm. 18 188.

Gau über Elbe (Bezirke von 181). Dnat. 6518,

D. B. 16 721, Dem. 4192, P. 2, und Witten 17221, Soz. 44 692,

Unabh. 2012, Komm. 5097. Oberbürgermeister Leinert ist somit wieder gewählt.

Berlin, 20. Februar. Bei den Berliner Wahlen zum Landtag gab es auch einige Befreiungen, wie z. B. folgende Ausschreifung aus einem Antrag: Was ist die H. S. P. D. und als Antwort: Unterste Stufe politischer Einheit! In Lankow wurden am Mittwochabend zwei Männer dabei betroffen, als sie mit roter Farbe bei Brückensymbolen S. P. D. auf den Bürgersteig aufwanden. Der eine stellte sich zu allgemeiner Überraschung als der Bürgermeister des Bezirkes daran. In dem Ministerwahlkampf, der sich jetzt im „Bürokratengau“ in der Frankfurter befindet, eröffnete die Reihe der wählenden obersten Reichsbeamten Reichspräsident Ebert; dann folgten Reichskanzler Gehrtsbach, der fachliche Gesandte Dr. Koch, der Reichsjustizminister Dr. Heine, Unterstaatssekretär Goette, Staatssekretär a. d. Röhm und Staatssekretär Albert. Der Reichspolitiker Groener, Handelsminister Hirsch und Staatssekretär Albert. Der Reichspolitiker Giebels wählt in einem Wahlkampf in der Männerstraße.

Die Wasserstrafen in Reichsverwaltung

Der wasserwirtschaftliche Antrag des Reichswirtschaftsrates nahm in seiner letzten Sitzung die Erklärung eines Vertreters des Reichsverwaltungministeriums zu den von dem Preußischen Landeswasserstraßenamt aufgestellten Richtlinien entgegen. Aus den Erklärungen ging hervor, daß das Reich den Hochwasserschutzdienst an den Stromen fortsetzen werde und auch die Hochwasserschutzmaßnahmen bereit sei, soweit es zur Verstärkung von Hochwasserschutzmaßnahmen notwendig erscheine. Dagegen erklärte es sich außerstande, der von Preußen geprägten Neuerungen der föderalen Brüder und Staatsbahnen zugunsten zu dienen. Bei der weiter verfolgten Fortführung förmlicher in Ansicht genommener Vorarbeiten wurde eine Sollarauz noch nicht abgesetzt. Grundsätzlich sei das Reich, soviel es seine Finanzlage gestattet, bereit, diesen Panzen auszuführen, für die ein dringendes Bedürfnis vorliege. Als notwendig wurde es bezeichnet, daß die Wasserstrafenverwaltung in ein Ministerium zusammengeführt werde. In der nächsten Sitzung soll die Frage des Überganges der Höhen erörtert werden.

Niedrigaufschlag und produktive Erwerbslosensicherung

Der Interessentenrat des Reichswirtschaftsrates für produktive Erwerbslosensicherung nahm in seiner Sitzung vom 17. Februar folgenden Entwicklungsantrag an: Der Interessentenrat für produktive Erwerbslosensicherung beantragt: „Der Reichswirtschaftsrat hat mit Erfriedigung von dem Vorsitz der Reichsregierung Kenntnis genommen, für öffentliche Arbeiten im Verkehrs- und Wohnungs- und Siedlungszweck größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Reichswirtschaftsrat rügt an die Reichsregierung das dringende Erfordernis, die Ausgabe dieser Mittel und die Bereitstellung der vorgegebenen Mittel derart zu beschleunigen, daß der gezeigte Arbeitslosigkeit früher in Höhe gescheert werden kann. Der Reichswirtschaftsrat hält es indessen für notwendig, daß diese Aufräge als Notstandssache erst zu behandeln seien, deren Erfüllung an gewisse Bedingungen im Interesse der Betreuung der Arbeitslosigkeit geknüpft wird. Als solche Bedingungen erachtet der Reichswirtschaftsrat die folgenden für angebracht: 1. Die Bevorrangung solcher Projekte, in denen die Arbeitslosigkeit durch einen außerordentlich hohen Stand erreicht hat; 2. die Verteilung der Arbeitsgelegenheit in einer Weise, daß möglichst viele Arbeitslose eingestellt und beschäftigt werden können, sowie daß die bisher Beschäftigten die gleichen Arbeitsbedürfnisse erfreuen, wie die einzustellenden Arbeitsmänner, unter der Voraussetzung, daß der Ausfall am Vollarbeitsmarkt zu gleichen Teilen vom Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Miete getragen wird; 3. die Kontrolle der Beachtung dieser Vorschriften durch partikuläre Aufsichtsorgane.“

Kunst und Wissenschaft

Dresden, 20. Februar. Albert Lohr (Erstaufführung: „Die Gespenstersuite“ von Strindberg.) Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß der Benjaminianische Hand in Hand mit einer kulturellen Dekadenz auftritt. Längst schon hat sie in der Literatur begonnen, bei Ihnen etwa, später auch in der Musik, ganz zu Ende in der Malerei. Effektiv geworden ist der ethische pessimismus in diesen Tagen der Schmach. Man greift mit zornigerer Zunge nach den trostlosen Werken der jungen Künstler. Man tut das kaum aus Sehnsucht, sondern um das tägliche Beispiel scheint einem zu zeigen, daß die Werke der Handlungen und Taten unserer Zeitgenossen durchweg schlecht sind. Zu dieser Auffassung gehört natürlich unbedingt die ästhetische Richtung. Wer — sei es auch nur aus dem im Indischen Alter sich bildenden Unterbewußtsein heraus — eine in Kunsten, Taten und Göttergläubern in sich verfügt, wird Menschen und Taten heller sehen und den pessimismus feindlich sein. Und für die Entwicklung einer Kultur und menschenwürdiger Lebensverhältnisse ist die christliche Philosophie die einzige Möglichkeit. Wofür Beispiel aufzuzählen braue Eulen nach oben tragen hieße. Ja den frischsten der unabdingten Pessimisten gehört nun Strindberg. Gang führt ein bedenkendes Geiste, ein licher Derker, aber auch einer, den das Leben hat angetastet hat. Seine „Gespenstersuite“ scheint nur Ergänzungsspiel seiner Lebensausfassung zu sein, ein Holzhausenstück, schwärz auf schwarz. Technisch bedeutender als seine meisten Dramen, wenn auch nicht vollendet in der Struktur. Die gewölkte Rhythmus bildet das Gewand für die zu zerlegenden menschlichen Bosheiten und Schlechtheiten. Der alte Director Hammel trägt die Handlung, die in zwei Akten die Tragödie eines Hauses sich abwickelt läßt, um am letzten mit einem völlig unverbindlichen Schluß die Nebenhandlung (auf höherem ethischen Niveau wäre diese ein Lichtbild) zum echten Strindbergschen verneinenden Ende zu bringen. Man wurde von der Poetie der mörderischen Gewaltung — keine Expressionismen kennt sie noch — eigentlich mehr ergriffen als von der mitunter furchterregenden Quäl dieser unheimlichen Logik. — Die Aufführung war sehr gut. Der Alter Kustermann verließ sich auf Strindberg. Auch Plam als junger Held mit der Sonne im Herzen. Nun Schröder, die ein Rattenhäuschen ihrer Charakterisierung hat, fallenhausen und Winterheld in den Hauptrollen gaben ihr Bestes, wohingegen die bläßliche Monome des Dr. Warman uns erschrecken möchte.

Befreiungsreform und Postbeamte

Bei der letzten großen Befreiungsreform, die bezüglichweise nicht allein die deutsche Beamtenchaft hat betrifft, können und sonst besonders die Postbeamten und Postbeamten im Vergleich zu anderen Beamtenklassen verhältnismäßig leicht gefallen. So war indessen im Rahmen des Befreiungsdekrets nicht möglich, allen Wünschen dieser Beamten gerecht zu werden. Es war aber seitens der Reichsregierung von vornherein in Aussicht genommen, den notwendigen Ausgleich im Wege des Staats vorzunehmen. Der Reichsfinanzminister Dr. Brix hat diesen Entschluß der Reichsregierung bereits im Reichstag ausdrücklich angekündigt und vor einigen Tagen in einer Versammlung zu Osnabrück erklärt, daß er hoffe, sein Vorschlag in kürzer Zeit einfördern zu können.

Das Vorbispiel von London

Die beiden Kammerausschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten hielten nach einer längeren Debattierung heute eine gemeinsame Sitzung ab, um sich über die Anregungen zu einigen, die dem Ministerpräsidenten vor seiner Abreise nach London vorgetragen werden sollen. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Mehrere Redner waren der Ansicht, daß nach der letzten Kammerdebatte die beiden Ausschüsse sich durch die damals angenommene Tagesordnung für gebundene erachten müssten. Andere waren der Meinung, daß es zur Verbesserung der Abmachungen von Paris wichtig wäre, entweder bestimmte Vorschläge aufzustellen oder Richtlinien anzugeben, die der Ministerpräsident bei den neuen Verhandlungen beobachten sollte.

Als es zu keiner Einigung kam, ließen beide Ausschüsse den Ministerpräsidenten einladen, möglicherweise abzuhalten. England erwiederte aber, er bedauere, durch Einspielen verhindert zu sein. Er sehe übrigens nicht ein, welche neuen Angaben er noch nach der vierwöchigen Debatte in der Kammer machen könne.

Vor seiner Abreise nach London, gab Ministerpräsident Brand im Senat über die Londoner Politik der Regierung vor dem Ausklang für Auswärtige Angelegenheiten und dem Finanzantrags-Erklärungen ab. Die Erklärung ist sehr geheim.

Brand äußerte sich zunächst über die Antrahungswelle der einzelnen Mitglieder. Wenn England dazu geplaudert habe, daß für die Langzeit an die finanziellen Verpflichtungen zu formulieren, der Grund implizit die 9 Milliarden am Rhein seien, so sei das jetzt aufzuklären, die Wiedergutmachungskommission sei nur seitens der alliierten Regierungen in die unmöglichkeit verlegt gewesen zu gehen. Amerika rege sich zu Unrecht über die Ausführungen auf. Die Ausführungen seien am besten dazu geeignet, die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands abzuschwachen. Die Alliierten Frankreichs glaubten tatsächlich, daß die

Wiederherstellung Deutschlands

eine so schnelle sein werde, daß die Tage gemäß der Ausfuhr es eher erlauben werde, die Zahl der Unruhen zu verringern. Das letztere werde Frankreich aber nicht angehen.

Die Frage der Sühnemaßnahmen gab Unak in einer längeren Debatte. Aus dem Orient und Brand geht hervor, daß Frankreich mit den Alliierten über die folgenden Sühnemaßnahmen

vollkommen einig sein soll:

1. Ausdehnung der Befreiung des linken Rheinufers. Brand erklärte, daß nach seiner Meinung die Zeit von 15 Jahren, die in dem Vertrag vorgesehen ist, noch nicht zu reisen begonnen habe und daß diese Planung erst am Tage an Kraft treten könne, an dem Deutschland Gewebe seines Willens zur vollkommenen Erfüllung der Abmilderung funde. 2. Ausdehnung der militärischen Occupationszone. Die Regierung werde gegebenenfalls auf eine solche Mothonei verzichten. 3. Rendierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Rheinland und den benachbarten Ländern. 4. Zurückführung der Bulastung Deutschlands zum Völkerbund bis zur Ausführung des Vertrages.

Brand fragte, ob über diese Angelegenheit an die Alliierten geschrieben worden sei. Gleichzeitig wurde gefragt, warum man dies Deutschland nicht mitgeteilt habe. Brand erwiderte, daß Deutschland nicht mitgeteilt habe. Neben die Art, wie man in London verhandeln will, deutet sich Brand ebenfalls klar aus. Die Abmachungen von Paris seien ein Minimum, das man nicht verringern könne. Es besteht über Deutschland kein Zweifel. Die Alliierten bestehen sich nur die Möglichkeit vor, gewisse Veränderungen in der Zahlungsweise einzuführen, falls die Deutschen antreten, ihre Schulden schneller zu tilgen.

Der merkwürdige Ton Lloyd Georges

London, 19. Februar. In der fortgesetzten Beratung des Unterhauses über die Wiedergutmachungsfrage sprach Lloyd George aus: Die Frage, ob das von Deutschland abgelieferte Material sich auf mehr als 20 Milliarden Mark oder weniger belaute, wurde von dem Reparationskommissar untersucht. Deutschland habe an England Werte von Hunderten von Millionen Pfund Sterling geliefert. Lloyd George erklärte, wenn man auf Unmögliches bringe, bekomme man

gar nichts. Dieser Krieg habe mehr gekostet, als irgend ein Land bezahlen könnte, nämlich mehr als 50 Milliarden Pfund Sterling. Die Entschädigung kann nur in Worte oder Arbeitseistung gezahlt werden. Deshalb hätten die Alliierten den Rückzugsort in den Reparationsplan eingeschlossen. Beijiglich der Frage des Verfahrens gegen den früheren Deutschen Kaiser erklärte Lloyd George, in Anbetracht der Weisung Hollands solle er seinen Vortell darin, darauf zu bestehen, daß der frühere Kaiser ausschließlich verbleibe. Trotz der Schwierigkeit, die Deutschland habe, andere Kriegsverlierer vor Gericht zu bringen, verzögerte er, daß er auf dem Verfahren gegen diese Personen bestehen würde. Er schloß: Ich bedaure, daß Mitglieder des Parlaments, die kein Recht, Verantwortungsfestigkeit am den Tag legen, Dinge vorbringen, die ganz undurchführbar sind und die kein vernünftiger Mensch empfehlen kann. Eine vorstellige Nichtausführung seiner Verpflichtungen durch Deutschland würde eine Million der Alliierten zu ihrer Erwaltung verhängen. Dennoch würde eine solche Nichtausführung seiner Verpflichtungen durch Deutschland wiederum die Regierungen, Parlamente und Wähler davon überzeugt sein, daß die

Nichtdurchführung seiner Verpflichtungen

auf einen vorläufigen Verlust von seiten Deutschlands, Europa noch einmal heraustrücken, zurückzuführen ist.

Die Gründung

London, 21. Februar. Die Londoner Konferenz beginnt heute 11.30 Uhr mit einer einleitenden Sitzung des Obersten Rates in Downingstreet. Die Hauptteilnehmer sind für Großbritannien Lloyd George und Lord Curzon, für Frankreich Briand, Berthelot, Loucheur, Doumer, Marshall, Bon, General Béthouart, für Italien Graf Sforza, Marquise de la Torretta, General Maciella, und Galli, für Belgien Janssens, General Delcroix, General Maglione, für Japan Onishi, für Griechenland Kaledoropulos, für Konstantinopel Tewfik Pascha und für Südostasien Pascha.

Die Orientkonferenz

London, 19. Februar. Wie gemeldet wird, soll es ein offenes Geheimnis sein, daß die Hoffnungen der griechischen Delegierten für die Orientkonferenz sehr gering sind. Ein griechischer Delegierter erklärte, die einzige Möglichkeit für eine Regelung sei der türkische Vorschlag, daß die Griechen und Türken voneinander trennen. Der griechische Delegierte fuhr fort, der Vertrag von Sevres müsse unverändert bestehen bleiben. Die Griechen könnten Sache nur auslösen, wenn sie mit physischer Gewalt daraus vertreiben würden. Nach dem diplomatischen Mitarbeiter des „Evening Standard“ ist man in amtlichen britischen Kreisen der Ansicht, daß die Gründe, die einst für die Aufstellung des Vertrages von Sevres maßgebend waren, noch bestehen.

Paris, 20. Februar. England ist in Begleitung Berthelots, Kammerers und des Kommissars von Syrien General Gouraud heute vormittag nach London abgereist.

Paris, 20. Februar. Venizelos hat sich gestern vormittag nach London abgeben.

Frankreichs Kriegsosten

Das Wolff-Bureau teilt mit: Neben die von Frankreich der Reparationskommission vorgelegte Berechnung der von Deutschland zu vertretenden Kriegsschäden liegt jetzt eine Gesamtbilanz vor. Danach verlangt Frankreich: Für Personen schäden 4,9 Milliarden Franken, für Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer 12,0 Milliarden Franken, für Militärschäden 60 Milliarden Franken, für Sachschäden 140,7 Milliarden Franken, zusammen 218,5 Milliarden Franken. Die Berechnung ist in französischer Währung aufgemacht, lautet also auf Pariserfranken, die Endsumme entspricht bei Umrechnung über den amerikanischen Dollar zu dem letzten an der New Yorker Börse notierten Kurs des französischen Franken einer Summe von 66 Millionen Goldmark. Von den Sachschäden betreffen 127 Millionen Franken, also zum letzten Kurs über 38 Millionen Goldmark, die zerstörten Gebiete in Frankreich. Die Berechnung geht von den Vorfriedewerten der französischen Franken einer Summe von 66 Millionen Goldmark. Von den Sachschäden betreffen 127 Millionen Franken, also zum letzten Kurs über 38 Millionen Goldmark, die zerstörten Gebiete in Frankreich. Die Berechnung geht von den Vorfriedewerten aus und multipliziert diese mit einem Preissteigerung in Frankreich entsprechend der Preissteigerung der Schadensgruppen mit fünf. Die Prüfung der einzelnen Teilschätzungen ist im Gange. Neben die Ergebnisse werden später Mitteilungen gemacht werden.

Frankösisch-polnisches Militärabkommen

Paris, 20. Februar. England hatte gestern nachmittag eine längere Besprechung mit dem polnischen Minister des Auswärtigen Fürsten Sapieha und dem polnischen Kriegsminister General Bodnowski über die militärischen und wirtschaftlichen Abkommen, die zwischen beiden Ländern abgeschlossen werden sollen. Es kam zu einem Übereinkommen.

Amerikas Ausritt

Paris, 20. Februar. Nach dem „Tempo“ hat sich in der heutigen Sitzung der Reparationskommission der Vertreter der Vereinigten Staaten Boddon verabschiedet. Der Vorsitzende der Kommission Dubois gab seinem Gedauern

= Das Dresdner Solokuartett (mit der Sopranistin Trude Schöne-Knöpfel und dem Tenor Robert Bröll) erzielte im gut besuchten Logenhausaal mit seinen vierstimmigen Gesängen den zweiten Erfolg. Trude Schöne's wohlgesetzter Sopran, der reichlich in der Mittelstimme ist, auch in der hohen Lage eine entzückende Flut und Reinheit besitzt, ist ganz dazu angepasst, die Führer im Quartett zu übertragen. Daneben fügte sich der einschmeichelnde weiche Tenor Robert Bröll zu halten, der auch besonders in den heimischen Liedern „Fräulein“ und „Reederei“ einen Großteil des Erfolgs sich aufzuteilen durfte. Dadurch trat die Altkönigin Wilhelmine Kühl, die zeitweise stark deformierte, und der Bassist Hermann Kühl mit seiner etwas unklaren Stimme in den Hintergrund. So: Dordins Lieder waren von erfrischender Munterkeit, exalt und wohltingend, doch fanden die Gesänge von Brölls „An die Heimat“ und „Der Abend“ stärkeren Anklang, da sie von einem lobendwerten Vortrag begeistert waren. Das „Kahl-Lied“ von Franz L. Lincklert forderte ebenso wie Brölls „An die Heimat“ eine Wiederholung. Die Begleitung am Klavier durch Kurt Schöne hielt sich sehr vornehm.

Eine neue Theorie zum Problem der Abstammung des Menschen

Die Stellung zur Hypothese der Abstammung des Menschen — sie ist auch heute noch als Hypothese, nicht als wissenschaftlich feststehendes Forschungsergebnis — ist eine Weltanschauungsfrage. Bisher vertrat die materialistisch gerichtete Wissenschaft, nicht aber die zoologische Wissenschaft als solche, wie man oft lesen kann, die Ansicht, daß die heutige lebende Mensch habe sich aus dem Tierreich in der Weise entwidelt, daß der Stamm, aus dem der Mensch hervorgegangen sei, sich in einer früheren Periode der Erdgeschichte von gemeinsamen Grundstamm, den er mit anderen Affen (Schimpanse, orang-Utan, Gorilla) gemein hatte, abgespalten habe. Eine neuere Richtung der Abstammungstheorie nimmt nun dagegen an, daß das Menschengetriebe weder durch Abgrenzung aus einem oder dem anderen Stamm der menschenähnlichen Affen, noch durch Abgrenzung aus deren Grundstamm entstanden sei. Die Gattung Mensch sei vielmehr heute gar

keine einheitliche. Der Europäer bilde eine andere Rasse als der Negro oder der Australier. Und diese verschiedenen Rassen seien auch nicht auf eine einzige Blutgruppe zurückzuführen. Die Verschiedenheit der heute lebenden Menschen röhrt daher, daß die Menschwerdung nicht einmal, sondern mehr als zweimal stattgefunden habe. Auf drei Gestaltstypen werden die heute lebenden Menschen zurückzuführen: auf einen sogenannten einen gorilloiden und einen orangoiden, die man auch als den europäischen, den aethiopischen und den mongolischen Grundstamm bezeichnen könnte. Die heutige Menschheit gruppieren sich in drei Hauptgruppen: die europäische (weiße, wollhaarige), die aethiopische (schwarze, krausehaarige) und die asiatische (gelbe, schwarzhaarige), die den drei genannten Grundstammen entsprechen. Am wesentlichsten röhrt sich diese neue Hypothese darauf, daß die Funde in Asien, wie das Schädelstück von Trinil auf Java, der Schädel von Piltdown in Südbritannien, der Schädel von Mauer bei Heidelberg, der sogenannte „Neanderthal“ u. a. m., die als hauptsächlichste Beweise für die Abstammung des Menschen aus dem Tierreich gelten, doch recht wesentlich von ein

über den Weggang, der hoffentlich nur ein vorübergehender sei, hofft. Amerika dürfe nicht vergessen, daß es mit seinen besten Söhnen über den Ozean gekommen sei, daß es am Krieg teilgenommen und am Friedensvertrag mitgearbeitet habe, damit Gerechtigkeit geschehe. Es könne nicht seine Söhne ergehen, die in der freien Erde des alten Europa, insbesondere aber in Frankreich schwimmen. Der Vorsitzende fügte: "Sie werden wiederkehren, um das Werk der Gerechtigkeit der Vollständigung einzuführen. Ich sage nicht Lebewohl, ich sage: Auf baldiges Wiedersehen." Auch der belgische Vertreter, Delaerwijk, sowie der kalifornische Delegierte verabschiedeten sich von den Amerikanern. Der erste erklärte nach dem "Tempo", es sei nicht möglich, daß in dem Augenblide, in dem man Entscheidungen treffen wolle, die den Westland Amerikas erforderten, die Vereinigten Staaten die Alliierten verlassen könnten.

Die Minister Hardings

New York, 20. Februar. (Reuter.) Hughes hat den Posten eines Staatssekretärs im Cabinet Harding angenommen, während Hoover Handelsminister geworden ist.

Amerika zieht die Besatzungsstruppen zurück

London, 19. Februar. Nach einer Meldung aus New York hat sich die amerikanische Regierung entschlossen, außer den Befreiern bei der Reparationskommission vor dem 1. Mai auch noch die 8400 Mann Besatzungsstruppen zurückzubewegen, die sie noch in den Rheinlanden befinden. In der Meldung wird noch, daß die Amerikaner bereits ein erstes Kontingent von 6000 Mann zurückzogen hätten, so daß es jetzt notwendig erscheine, die bereits begonnenen Maßnahmen zu Ende zu führen. Die Entscheidung beeinflußte aber in keiner Weise die amerikanische Politik der Zukunft.

Die Gegenvorschläge

Berlin, 20. Februar. Der Sachverständigen-Ratshaus wird morgen seine Beratungen weiter fortführen. Außer den bereits genannten Herren wird auch der Reichsminister a. D. Wissell teilnehmen.

Eine Falschmeldung

Berlin, 20. Februar. Der "Tempo" behauptet, daß die deutsche Regierung den Besuch geahnt habe, die Entwaffnungsmassnahmen einzustellen. Ähnlich wird hierzu erklärt, daß die Meldung unrichtig ist. Die bisher geplanten und angeordneten Entwaffnungsmassnahmen werden vielmehr unverändert weiter durchgeführt. Zur Regelung der Entmilitarisierungsfrage in Ostpreußen hat sich der Reichsverantwortungskommissar Dr. Peters heute nach Königsberg begeben.

Posadowsky und die Politik

In einer Zentrumssitzung in Gotha teilte der Abgeordnete Herold mit: "Nach Schluß der Nationalversammlung habe ihm ein alter verdienter Parlamentarier gesagt, er könne die Politik der Deutschnationalen nicht mehr mitmachen, deshalb ziehe er sich aus dem politischen Leben zurück. Auf die Entgegnung, dann möge er sich doch dem Zentrum anschließen, entgegnete der treue Politiker: Dann würden mich die Leute tot schlagen." Die Germania nennt den Namen dieses Deutschnationalen. Es ist der Graf Posadowsky.

Kinderbeihilfe durch das Reich

Berlin, 20. Februar. Das Reichsblatt hat bestimmt, für die Zwecke der Speisung unterzähler Kinder einen Betrag von 50 Millionen Mark in den Staat einzustellen. Dieser Betrag soll in erster Linie für die mit amerikanischer Hilfe bedürftige Erweiterung des hochherzigen Kinderbeihilfemerktes verwandt werden.

kleine Nachrichten

Der Aktienkurs des Reiches im Jahre 1920 wird nach Mitteilungen vom zuständigen Seite über 80 Milliarden Mark betragen.

Nachrichten aus Sachsen

Die Waffen der tschecho-slowakischen Legionäre. In der tschechoslowakischen Presse wurde der Versuch gemacht, einen Teil der sächsischen Arbeiterchaft dadurch gegen die sächsische Regierung aufzubringen, daß durch eine in ihr verbreitete Notiz bei tschechischen Leuten der Anschein erweckt wurde, als wenn die sächsische Regierung an die tschecho-slowakischen Waffen zum Kampf gegen Sovjetrußland gelangen läßt. Der Minister des Innern Lipinski lädt folgenden Sachverhalt feststellen: Von Beauftragten der Eisenbahn waren Anfang August 1920 nach Dresden aufgehalten worden. Im Eisenbahnhof mit dem Minister um des Innern wurden die Waffen damals in Verwahrung gegeben. Es hatte der Verdacht bestanden, daß die Waffen unter Verleihung der Neutralität Deutschlands den Freikorpsgruppen in Polen zugänglich werden sollten. Der Fall hat aber inzwischen seine Auflösung gefunden. Durch das Auswärtige Amt in Berlin war mit der tschecho-slowakischen Regierung eine Vereinbarung dahin getreten, daß die aus Südtirol ausziehenden Legionäre ihre Heimreise durch Deutschland nehmen könnten, ihre Waffen aber in besonderen Wagen unter amtlichem Verschluß befördert werden sollten. Um diese Wagen und Waffen handelt es sich. Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Regierung und dem Auswärtigen Amt in Berlin haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Waffen der tschechoslowakischen Regierung auszuliefern seien. Das Auswärtige Amt trat daher entsprechende Anordnung. Der Betriebsrat der Eisenbahn wollte aber hierzu seine Einwilligung erlangen, nach einer Übersprache mit dem Minister des Innern. Es handelte sich nun mit dem Betriebsrat eine Ausprägung statt. Der festgestellt wurde, daß das tschechoslowakische Ministerium des Innern versucht habe, nicht in der Lage war, die Durchführung der vom Auswärtigen Amt eingesetzten Verpflichtungen zu verhindern. Die Waffen sind daher an die tschechoslowakische Regierung ausgeliefert worden. Im übrigen sei hinzugefügt, daß Arbeitminister Jäde mit der Angelegenheit überhaupt nichts zu tun hatte.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen im Januar 1921. Die Lage des sächsischen Arbeitsmarktes hat sich im Januar weiter verschärft. Die drohende Belastung des Wirtschaftslebens durch die Forderungen der Feinde wird lärmend auf den Geschäftsbogen in allen Industriegewerben. Bei der Unzufriedenheit der Feinde vermindern sich die Auslandsaufrufe, auf die Sachsen besonders angewiesen ist. Die Verschärfung des Arbeitsmarktes zeigt sich in der Zunahme der Zahl der Arbeitssuchenden, die Anfang Februar bei 58 größeren Arbeitsnachschlägen 96.501 gegen 88.018 bei 59 Arbeitsnachschlägen Anfang Januar betrug. Die Zahl der Erwerbstätigen in ganz Sachsen ist weitaus höher.

Erhöhung der Bezüge der Pensionäre. Bekanntlich sind vom 1. Januar 1921 an die Bezüge der Beamten durch Festsetzung des Ausgleichsauschlags auf 55-70 v. H. erhöht worden. Wie wir an zuständiger Stelle erscheinen, tritt eine gleiche Erhöhung von gleichen Zeitpunkten an auch bei den Beamten der Rentenanstalten (Arbeitsbeschaffungsamt und Witwen) ein. Die Höhe des Ausgleichsauschlags, der bekanntlich nach Erfüllungsfestsetzung des Bezügeberichtigungen. Die Festsetzung der Bezüge wird durch die zuständigen Rattenstellen möglichst vereinfacht werden, immerhin wird aber bei der großen Zahl der Beteiligten einige Zeit darüber vergehen.

Das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium hat jedoch eine Generalsordnung erlassen. Es spricht darin die Erwartung aus, daß nach dem laufenden Verordnung des Konstituums die lutherische Kirche des Landes Sachsen auch in diesem Jahre in vollem Umfang stattfindet. Die Kirchschule, Kantoren und Organisten und Kirchenmusikalischen Beamten sowie die zugleich im Schuldienste stehen, ihren kirchlichen Verpflichtungen nachkommen und für den Bußtag Urlaub nehmen. Die Eltern, die ihre Kinder an dem Kindergartenbetrieb des Bußtags teilnehmen lassen wollen, sollen durch die Geistlichen veranlaßt werden, für ihre Kinder um Dispens vom Schulbesuch nachzumelden.

Großbetrieb in der sächsischen Münze. In der Dresdner Staatsmünze sind insgesamt acht Prägemaschinen vorhanden, von denen sechs noch auf der alten Dresdner Münze zusammen. Der Prägebetrieb hat nun einen solchen Umfang angenommen, daß diese Maschinen nicht mehr genügen, um die erforderlichen Prägungen ausführen zu können. Die sächsische Regierung beantragt daher im Nachtragsetat für 1920 die Bestillung von 145.800 Mark zur Rüstung einer neuen Prägemaschine.

Die Erbkrone von Sachsen, älteste Tochter des früheren Königs Friedrich August III. am Sonnabend in Sigmaringen von Prinzessin (Röder) glücklich entbunden worden.

Die Hygiene-Konferenz Leipzig Februar 1921. Die Hygiene-Konferenz, die bei ihrer ersten Sitzung im Herbst 1920 viel Aufsang gefunden hat, findet auch dieses Jahr als Qualitätsmesse im "Eldorado", Leipzig, Pfaffendorfer Straße 4, während der allgemeinen Mustermeile vom 6. bis 12. März statt. Die Hygienemesse stellt eine Verkörperung des Gebrauchs dar, die Hebung der Qualität die Spezialindustrie zu angemessenen Weltbewerb in Güte und Preis zusammenzufassen. Die Beteiligung ist überaus zahlreich und legt Zeugnis ab, daß man gerade ihre hohe Bedeutung für Industriean und Nation erkannt hat. Firmen aus allen Teilen Deutschlands stellen wie letzte in den Abteilungen und Sondergruppen aus, die schon das leiste Mal vertreten gewesen sind. Dem Besucher wird vor Augen geführt, daß es die Hygiene einmal mit der Gesundheit bei einzelnen Industriemaschinen zu tun hat und in diesem Sinne in der Hauptfahrt identisch ist mit der Tüchtigkeit oder der Leidenschaft der gewohntestümlichen Lebensweise. Die Hygiene umfaßt aber noch ein anderes Gebiet, nämlich das der öffentlichen Gesundheitspflege. Durch die Beteiligung des Magazin-Magazins, Dresden, eröffnet sich für die Hygiene-Ausstellung die Aussicht, auch dieses Gebiet zu erobern. Der Charakter der Beteiligung wird den zu erwartenden regen Besuch lohnen.

Das sächsische Ministerium des Innern bringt den Graudenzial - Vogtländischen Sportklub Annaberg 1. Grub., 6. bis 8. August 1921 großes Interesse entgegen. Eine Abteilung des Leistungsausschusses wurde von Herrn Ministerialdirektor Dr. Max von Wang und Herrn Dr. Siegmund von Breitbach zur Empfehlung eines ausführlichen Berichts empfohlen. Der einflussreiche Unterredung wurde auch Herr Dr. Studienrat Dr. Ehrenburg, Vorstand des Landesausschusses für Jugendwesen, bei. Eine Fortsetzung der Versprechungen findet in Kürze statt.

Der sächsische Militärvereinsbund hat im Jahre 1920 aus der Bundesfahrt und den bei ihm befreiten elf Bundesfestungen ein bedeutendes Kameraden insgesamt 87.958 Mark Unterstützungen geschah. Im Jahre 1919 56.224 Mark. Seit Bestehen des Bundes (1878) ist damit die Ziffer von 601.615 Mark erreicht. Unerreicht sind die beträchtlichen Aufwendungen der einzelnen Vereine für Unterstützungen und für Wohlfahrtsangele von aller Art. Im Jahre 1919 (die Zahlen für 1920 liegen noch nicht vor) betrugen sie 466.800 Mark. Die sächsischen Militärvereine haben seit ihrem Bestehen überdauert bis jetzt rund 15½ Millionen Mark für die gebürtigen Freunde verantwaltet.

Verlangt
auf den Bahnhöfen und
an Zeitungs-Kiosken die
Sächsische Volkszeitung!

Aus Dresden
Unsere Friedhöfe

Von den katholischen Gemeinden der Gebildeten Friedhof sind diejenigen in Dresden die einzigen, die sich des Verlustes eigener Friedhöfe erfreuen dürfen.

Der innere katholische Friedhof auf der Friedrichstraße, dessen Entstehung bis in das Jahr 1721 zurückreicht, ist durch seine günstige Lage, sein Alter, seine stimmungsvolle Anlage, den historischen und künstlerischen Wert vieler Denkmäler zu bevorzugten Begräbnisstätte der katholischen Gläubigen geworden trotz der hohen Gebühren, die die Friedhofsbehörde unter dem Druck der wirtschaftlichen Notlage erhoben muß. Über die Zahl der noch unbelegten Stellen ist verhältnismäßig gering, so daß sich die Friedhofsbehörde gewünscht haben wird, vielleicht schon sehr bald die Begräbnisse dort wesentlich einzuschränken, um die Erhaltung dieses alten würdigsten Gotteshäuses auf möglichst lange Zeit zu sichern.

Der äußere Friedhof auf der Bremer Straße, der durch zweimalige Erweiterung seinen jetzigen Umfang erhalten hat, ist geeignet, auf viele Jahre hinaus den Bedarf an katholischen Begräbnisstätten die Katholiken unserer Gemeinden zu decken. Auch er reicht, wenn es einmal die Anlagen, namentlich in den neuen Teilen nach den vorliegenden wohl durchdachten sozialen Plänen durchgesetzt sein werden, eine der schönsten Begräbnisstätten unserer Stadt zu werden. — Wenige aber wissen, welche Rücksicht von Arbeit und Kosten, welchen Aufwand an Energie die Ausgestaltung und Verbreitung dieser Friedhöfe besonders über das der äußeren erfordert hat. Allein der Erwerb des zur letzten Erweiterung desselben erforderlichen in traumatischer Weise übernommenen Landes erforderte einen Kostenaufwand von über 78.000 Mark. Hand in Hand mit der Erweiterung des Friedhofs mußte gehen der Bau einer eigenen Totenhalle, des Ausbaus der Kapelle, der Errichtung einer zweiten Wohnung, der Bau eines Schuppen. Und welche Summen verschwanden die Umarbeitung des dortigen Bodens und die Anlage und Beplanzung des neuen Teiles. Die gewaltige Trennung brachte für beide Friedhöfe erhöhte Forderungen an Böden und Ausgaben mit denen niemand rechnen konnte. So führte das leise Haushalt Jahr nicht nur mit einer vollständigen Erhöhung der Stützmauer, sondern mit einem Fehlbetrag von über 18.000 Mark ab, der ingeschlossen durch Vorhabe noch erheblich gestiegen ist. Und immer neue Forderungen treten heraus bei der ständig wachsenden Bevölkerung und den leider immer spärlicher liegenden Einnahmen. Soll die Friedhofsbehörde nicht gezwungen werden, unter dem Druck der Schuldenlast den Friedhofsbetrieb überhaupt einzustellen, so muß sich die Opferwilligkeit der Katholiken Dresden auch der Erhaltung unserer Friedhöfe zuwenden. Eine wenn auch beschädigte Habe wird wohl jeder Gläubigen genüge spenden, der seine Rücksicht auf den katholischen

Friedhofen bezeugt weiß und selbst von dem Wunsche bestellt ist, ein in geweihter Erde neben denen zu ruhen, die ihn im Leben durch Bande des Blutes und der Freundschaft noch binden und nun im Frieden des Herrn der Auferstehung entgegenharren.

Das katholisch-geistliche Konstitutum als Friedhofsbehörde ist gerne bereit, jede Habe entgegenzunehmen.

* Deichlands größte Großstadt. Wie wir hören, wird der Ruhe Deichlands größte Großstadt zu sein, d. minder auf die sächsische Hauptstadt übergehen. Wenn die zurzeit schwierigen, sich aber weiters schon dem Abschluß nährenden Gemeindeverhandlungen mit reichlich 20 Vororten beendet sein werden, gewinnt Dresden zwar an Einwohnern nur 60.000 bis 6.000, also nur etwa zehn Prozent, aber seine Wohnraumbebauung vergrößert sich von etwa 8000 auf über 12.000 Hektar, also um gut die Hälfte seiner bisherigen Ausdehnung. Nur Groß-Berlin die Ausdehnung von Großstädt, ist selbstverständlich noch größer als Groß-Dresden.

* Der Käfig der Dresdner Journalisten, der Schriftsteller Johannes Gorres, welcher noch vor kurzem sein 40-jähriges Schriftstellerjubiläum feiern konnte, ist unerwartet infolge eines Herzschlags in der Nacht zum Sonntag verstorben.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

z Dresden. Am vergangenen Sonnabend trafen sich auf dem Sportplatz am der Leninallee die Jugendmannschaften der Jung-Linggvereine von Johannstadt und Löbtau, um ihr Können im Fußbalispiel zu messen. Nach abwechselnder Niederlegenheit beider Gruppen gelang es den Johannstädtern einen Sieg von 4 : 2 davonzutragen. Halbzeit 3 : 1. Trotzdem die Löbtauer ein besseres Zusammenspiel vorführten, blieben die Erfolge aus. Am besten gespielt wurden bei Johannstadt Pfeiffer und Baron, während bei Löbtau Kötter durch sein beobachtetes Spiel besonders glänzte.

z Dresden-Löbtau. An dieser Woche wird der hochw. Herr Peter Seeger in unter Pfarrkirche Fastenwoche halten und zwar am Mittwoch, Donnerstag, Freitag abends 1/2 Uhr, am Sonnabend in Reichstagssitzung von 2-3 Uhr, am Sonntag, den 27. d. M. Generalversammlung, d. M. abends um 7, 8, 1/2 Uhr.

Leipzig. Hauptversammlung der Leokasse, Mittwoch, den 22. d. M. 1/2 Uhr im Saalzimmer des Gelehrtenhauses, Tagesterrasse: 1. Jahresbericht, 2. Erhöhung des Sterbegeldes auf 500 Mark. Es wird gebeten, die Spendenbücher mitzubringen.

Parteinachrichten

Leipzig. Die Jung-Zentrum-Gruppe Leipzig hält am 22. Februar im Evangelischen Vereinshaus, Mohlstraße 14, aus. 1. Saal abends 1/2 Uhr eine Mitgliederversammlung ab, in der der in den letzten Jahren aufgetretene Vortrag über die 48er Revolution nachgeholt wird. Von den Mitgliedern wird erwartet, daß sie in diesem hochaktuellen Vortrage vollständig zur Stelle sind. Gäste sind herzlich willkommen.

Coswig i. Sa. Ortsgruppe des Zentrums. Die am 17. Februar nachgelauene Bevölkerung nahm einen sehr regen Verlauf. Besonders befriedigt aufgenommen wurden die erprobten und neuen Ausführungen des Abordneten Herrn Hählein über die Sozialpolitik. Dem Redner ist auch noch an dieser Stelle ausserordentlich gedankt. Der Anfang berechtigt zu den besten Hoffnungen; es wurde beschlossen, zu dem am 6. März stattfindenden Delegiertenkongress einen Vertreter zu senden. An der praktischen Belebung der Mitglieder liegt es nun, die Ortsgruppe weiter auszubauen und so den Zentrumsgedanken in unserem Vaterlande fördern zu helfen. Räthliche Sitzung am Sonntag den 13. März, zu welchem auch wieder ein Redner gewonnen werden wird.

Bautzen. Jungzentrum. Am 18. Februar fand die ordentliche Versammlung des Jungzentrums in diesem Jahre statt. Als Redner war Herr Seminarist Franz Müller gewonnen werden. Er hatte sich als höchst glücklich und interessant das Thema „Evangelische und Zentrum“ für seinen Vortrag gewählt. Zu lobenswerten und vorbildlichen Ausführungen behandelte er vor allem die Einwände, die sich einem Evangelischen beim Eintreten in das Zentrum entgegenstellten. Unter seinem fröhlichen Vortrag haben alle Bedenken, die vor böser Willkür herauftauchten, da, denn die Bedenken sind kleinlicher Natur, und im übrigen ist das Zentrum keine katholische Partei. Der geschätzte Redner konnte sich eines recht reichen Beifalls erfreuen. Der erste Vorsitzende, Herr Hoffmann, ging nun zur Wahl der Vertrauensleute des Vereins über, die in der Verstandshaltung bestlossen worden war und die die Sitzungen des Jungzentrums fordern. Es wurden vier Damen und sechs Herren gewählt. — Der Schluß des Worts bildete der Unterhaltungsclerk Herr Seminarist Georg Nowakowski, der Verksammlung mit einer schönen gelangt. Danach sang „Wolframs Lied an den Rheinstern“ aus Richard Wagner Oper „Lohengrin“. Nach ihm wurde ob dieser Blampeistung reichlicher Beifall.

Letzte Telegramme

Zu den Preußenwahlen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“.) Berlin, 21. Februar. Bis 10 Uhr vormittags waren 84 Abgeordnete als wählberechtigt gelten. Davon entfallen auf die Deutschnationalen 11, auf das Zentrum 16, auf die Deutsche Volkspartei 13, auf die Demokraten 2, auf die Arbeitersozialisten 29, auf die Unabhängigen 7 und auf die Kommunisten 4. Sitz, auf die Wirtschaftspartei und die Weißen entfällt bisher je ein Sitz.

Die Großberliner Wahlen lassen einen außerordentlich starken Rückgang der unabhängigen Stimmen erkennen. Die den Unabhängigen verloren gegangenen Stimmen sind zum Teil den reaktionären Kommunisten, zum Teil den Reichen zurückzuführen. Es werden eher Damen und sechs Herren gewählt. — Der Schluß des Worts bildete der Unterhaltungsclerk Herr Seminarist Georg Nowakowski, der Verksammlung mit einer schönen gelangt. Danach sang „Wolframs Lied an den Rheinstern“ aus Richard Wagner Oper „Lohengrin“. Nach ihm wurde ob dieser Blampeistung reichlicher Beifall.

Was sie haben wollen!

Paris, 21. Februar. Der Sonderberichterstatter des "Molin" meldet heute aus London die Parteien, die die einzelnen Stationen der Reparationskommission an die Höhe ihrer Schäden angeben. Frankreich beträgt, wie bereits berichtet, 218.542 Milliarden Francs, England 2.541.502 Pfund Sterling, sowie 7.587.892.086 Pfund, Italien 23 Milliarden Lire, und 37 Milliarden Franken, sowie 125 Millionen Pfund Sterling, Polen 28 Milliarden Goldfrancs, Rumänien 31 Millionen Goldfrancs. Frankreich schätzt seine militärischen Schäden auf 1.180.000 Pfund Sterling. Polen bringt eine Abrechnung von 34 Millionen belgischen Franken vor und 2.5 Millionen französischen Franken. Für die Familien verlangt England im ganzen ungefähr 8 Millionen Goldmark. Außerdem werden die Rechnungen von Portugal, der Tschecho-Slowakei, Japan und Rumänien, die noch nachkommen, auf etwa 5 Millionen Goldfrancen veranschlagt. — Der "Molin" bemerkt, daß die ganze Abrechnung einen gänzlich konfusen Eindruck macht.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Körting; für den Inseraten-Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sachsen-Gesellschaft" C. m. b. o. zu Dresden.

Rath. Gemeinde Dresden-Löbtau.

Wittwoch, Donnerstag u. Freitag, den 23., 24. u. 25. Febr.
abends 1/2 Uhr in der Glaskapelle 373

Gäste u. Vorträge

des hochwürdigen Herrn Pater Langer.

Volksverein für das katholische Deutschland Ortsgruppe Dresden-Neustadt.

Apologetische Vorträge

Dienstag d. 22. Februar „Euer Gottesdienst sei vernünftig“

Dienstag den 1. März „Der ganze Mensch muß glauben“

Dienstag den 8. März „Ein herrliches Erbe“

Sämtliche Abende umrahmt von musikal. Darbietungen.

Abends Punkt 1/2 Uhr im „Ballhaus“, Bautzner Straße 35.

Redner an allen Abenden: 312

Der hochwürdige Herr Oblaten-Pater B. Langer.

Eintritt frei! Saal geheizt!

Erscheinen aller Mitglieder unseres Vereins und der
Gemeinde ist Pflicht! Der Geschäftsführer.

Ortsgruppe Leipzig-Gohlis des Volksvereins für das kath. Deutschland.

Dienstag den 22. Februar abends 1/2 Uhr
im Saale des ehemaligen Soldatenheims, Ecke Garison-
und Treitschkestraße

Vortrags- und Lichtbilder-Abend.

Vortrag des Hochschulseelsorgers Beier über:
„Weiträtsel und Gottesglaube“. 356

Lichtbilder-Vortrag:

„Das Passionsspiel in Oberammergau.“

Gesang- und Gedicht-Vortrag. Eintritt frei.

Katholischer Bürgerverein, Dresden

Mittwoch, den 23. Februar 1921

abends 1/2 Uhr im kathol. Gesellenhause, Käufferstr. 4

36. ordentliche General-Versammlung

TAGESORDNUNG:

1. Jahresbericht für 1920.
2. Kassenbericht und Richtigsprechung der Vereinskassenrechnung für 1920.
3. Bericht des Bücherwarts.
4. Neuwahl des ersten Vorsitzenden und der satzungsgemäß ausscheidenden übrigen Vorstandsmitglieder, der Ausschüsse usw.
5. Anträge.

An alle Mitglieder richten wir die dringende
Bitte, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.
Der Vorstand.

Ortsverband der kathol. Vereine Dresdens.

Die satzungsgemäß

General-Versammlung

des Ortsverbandes der katholischen Vereine Dresdens findet am

Donnerstag den 24. Februar abends Punkt 8 Uhr
im Grünen Zimmer des katholischen Gesellenhauses,
Käufferstraße 4, statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht;
2. Beratung von Anträgen;
3. Neuwahl des Vorstandes;
4. Allgemeines.

Anträge bitten wir bis spätestens den 21. Februar
dem Vorsitzenden, Ludwig-Richter-Straße 5, zukommen
lassen zu wollen.

Um vollzählige Teilnahme an der Versammlung
bitte

Der Vorstand des Ortsverbandes der katholischen Vereine Dresden

Paul Heßlein.

Niemand wird abstreiten

dass nur die Firma

die Firma Kneisel

beim Einkauf von Gold- und Silber-Gegenständen, Platin, Brillanten
am rohsten bedient. 363

Dresden-A., 16 Pillnitzer Straße 16
Straßenbahnenlinien 1, 5, 12, 19, 21, 28, 29. Fernspr. 31681.

Kathol. Mütterverein Hofkirche.

Die nächste Versammlung findet Dienstag den 22. Februar abends 1/2 Uhr im Gesellenhause, Erdgeschoss, statt. 369

Jung-Zentrum Leipzig

Dienstag den 22. Februar abends 1/2 Uhr im Evangelisch-Lutherischen Vereinshaus, Hofstraße 14, Eingang C, Kleiner Saal der

Mitglieder-Versammlung.

Vorstand: „Die 48er Revolution, ihre Ursachen und Wirkungen.“ Recht zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Auftösung unseres Betriebes veranlaßt mich, anderweitig

Stelle zu suchen

als Kassenhelfer, Bürobeiter, Postier usw. Ration kann geleistet werden. Antritt zum 1. April oder früher. Off. unter: W. G. 279 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb. 363

Junges, fast. Geduldet sucht einfach möbl. Zimmer in Dresden.

Offiziell unter: W. G. 276 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb. 360

Täglich 40 Mk. zu verdienen. Röh. b. 8-10 Uhr im Prostloft (in t. Garantiechein), Joh. H. Schultz, Abessinienstraße 1, Köln 73. 329

Jeweller Carl Frötschner

Dresden-A., Käufferstraße 6

Gelehrte hierfür arbeitet freitags im

Staatsarchiv, Berlin, 360

Beachten Sie unsere Anstellung bei Albert Götz, Dresden-Neustadt, Hauptstraße 17; Rich-Haus, Bühlau, Carolinastraße 4; Otto Tretters Nachf., Blasewitz, Am Schillerplatz; Frau A. M. Schmitz, Dresden-Südosten, Ermelstraße 19 I., woselbst auch Probebehandlungen genommen werden können.

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz, Bautzen,

Goschwitzstraße 42, I. (Hotel Engel). 272

Generalvertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatz,

Aus der katholischen Welt

Katholischer Weltkongress in Rom

Der Katholische Weltkongress, deren letzter 1914 in Rom abgehalten wurde, werden wieder aufgenommen. Der Vorsitzende des Kongresses, Bischof Deyle von Namur, hat in einer Note an den Vorsitz des Kongresses im Herbst dieses Jahres in Rom abzuhalten.

Diozese Brixen

Schen über 24 Jahre ist der Bischofssitz in Brixen verblieben. Darauf ist der Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Nicht allein ist es der italienische Regierung darum zu tun, dass die Diözese Brixen loszugehen. In wunderbaren internationalen Kreisen ist auch der Gedanke an besteht, die althergebrachte Diözese Brixen überzugehen zu gestatten und sie als Generalvikariat der Diözese Trient anzusehen; außerdem ist der Plan erwogen worden, einen Bischof nach Brixen zu senden. In Italien ist man aber die Entwicklung früher Anregungen ablehnt, weil man glaubt, dass Tirol in einem italienischen Bischof nicht den Seelsorger, sondern den Vertreter der italienischen Regierung erblieben würde. Man ist die Überzeugung, dass dadurch nicht der Friede herbeigeführt würde, sondern nur der Friede fortbauen würde. In vorlaufigen Sitzungen wurde die Frage der kirchenpolitischen Verhältnisse in Tirol bereits eingehend erörtert. Wie jetzt ist aber noch keiner Abschluss hin eine Entscheidung gefallen, weder in der Frage der Vergabe des Bischofssitzes Brixen, noch für die Zukunft der katholischen Diözese. Man kann aber mit Sicherheit annehmen, dass die Vergabe des Bischofs Brixen durch einen Italiener unvermeidlich erscheint; ebenso steht auch anderer Auseinandersetzung, dass man an eine Preisgabe der Selbständigkeit der Diözese Brixen denkt, sondern vielmehr davon spricht, den deutschen Anteil der Diözese Trient Brixen anzutreten. Diese Bestrebungen werden auch von einflussreichen politischen Kreisen unterstützt in der Überzeugung, dass nur durch eine solche Lösung der Friede im Lande gefördert werden und das kirchliche Leben sich entwirken kann.

Konfessionelle Verschiebungen durch den Friedensvertrag. Man hat vorausgesetzt, dass Material darüber zusammenstellt, welche Kirchen die einzelnen Kirchen bei den schon erfolgten oder noch drohenden Gliederveränderungen in Deutschland aufgrund des Friedensvertrags zu verzeihen haben. Die deutsche katholische Kirche ist besonders stark in Wiederaufbau gesessen. Wenn man Überbleibseln mit 1,7 Millionen nicht mit einrechnet, würde sie etwa 2,5 Millionen von etwa 4,1 Millionen Seelen zu erkennen haben. Von den 2,5 Millionen Katholiken bleiben innerhalb des Reichsverbandes nur mehr etwa 20,4 Prozent neben 39 Millionen Nichtkatholiken. Der Prozentsatz der katholischen Bevölkerung Deutschlands fällt somit von 86,7 auf 84,5 Prozent. Den evangelischen Kirchen stehen im ganzen 1.800.000, von der preußischen Landeskirche 1.400.000 Seelen verblieben. Von der Abstimmung abhängig sind in Neuen, Grenzgebieten Mittelsachsen 155.400 Evangelische.

Tekanan Weimar. Herr Bischof Dr. Josef Damion-Schmitz hat angeordnet, dass ein Tekanan Weimar errichtet werde, an dem die Pfarrer, Weimarer, Weimar, Apolda, Jena und die Kurfürsten zu einer Reunion antritt. Nachdem die beiden Teckanen wurde der heilige Seelsorger Pfarrer Becker erkannt und ernannt. Es war im Jahre 1524, als der letzte katholische Teckan mit seinen beiden Kaplanen aus Weimar gewohnt verließ. Heute noch befindet genau 400 Jahre später wieder einen katholischen Teckanen in Weimar.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

St. Gallen. Am Sonntag den 13. Februar wurde in St. Gallen in der Vergleichsliste eine Vertrauensmännerkonferenz des Volksvereins für das kath. Deutschland abgehalten. Herr Reichsbehördsleiter Lorenz leitete und begrüßte die Leiter, die schwäbische Verhandlung und sprach allen Geschäftsführern einen Dank aus. Er bedauerte das Ziehen der Christenkirche zwischen St. Gallen und die schwäbische Verhandlung durch Schaffhausen. Statt mit Umgehung und Königshofen, nur von Schaffhausen waren zehn erschienen. In warmen Worten gedachte der Vorsteher jedoch des so früh verstorbenen Lehrers Bischof Dr. Löbmann, der ja allezeit die rechte Kritiknahme am Volksverein betont hat. Nachdem er über das unerhörte Pacifer-Diktat geprahnt, hielt er einen Rückblick und einen Ausblick über die Tätigkeit des Volksvereins. Er kommt feststellen, dass es trotz zahlreicher Hemmnisse gut vorwärts gegangen sei. Dass aber nur ein kleiner Teil der Arbeit geleistet ist, was er nach, da das Bürgertum in der Revolution, ebenso wie vorher und nunmehr, größtenteils verfügt hat. Der Ruf nach einem harten Kampf leuchtend die Erfahrung seiner Ohren.

Lina Röhne
(Werner-Säffl. Farben-Industrie).

Rösiett-Spezialistin

für Damen
der Dresdner Gesellschaft
Für Auftritte in nach Maß und
Anprobe.

Strenuouslich sehr empfohlen

**Verarbeitung von mit-
gebrachten Stoffen !!**

Separaturen schnell und billig.
Ludwig-Richter-Straße 16,
sehr Leben.
Gef. Richterstr., Str. B. 2, 29
Fernruf 20024

[28]



Sozialistische Volkszeitung

wiehl, aber auch die Bekennung des einzigen Heilmittels: Wahrung des Verantwortungsgefühls, des Gemeinschaftsgefühls, des christlichen Solidarismus. Nebenall zeigt sich die politische Unzufriedenheit des Wählers, deshalb muss durch unermüdliche Volksvereinseinheit dafür gesorgt werden, dass die Freiheiten der neuen Zeit gebraucht, aber nicht missbraucht werden. Der Volksverein ist für diese volkseigentümlichen Aufgaben durch seine 30jährige Tätigkeit gut vorbereitet. Der Erfolg hängt freilich von der Mitarbeit der einzelnen Vertrauensleute ab. Der katholische Gedanke muss wieder stärker betont werden, denn es ist nur möglich, dass aus christlich-katholischen Wesen die Welt genet. Nur durch die Verstärkung der christlichen Bruderlichkeit ist ein Zusammenschluss aller Nationen, sowie die Unterwerfung des Bürgers und der Konsument möglich. Der Volksverein muss ein Missionärsapostolat ausüben, weil der Geistliche gar nicht imstande ist, an alle Leute heranzutreten. Eine Neuvereinigung des religiösen Geistes ist unabdingt notwendig. Alle diese Aufgaben zu lösen, ist der Volksverein berufen und befähigt, deshalb muss dem Wunsche des verstorbenen hochw. Herrn Bischofs entsprechend in jedem Ort der Volksverein eingeschüttet bzw. neu belebt und ausgebaut werden. Reider Beifall zeigte, dass die Anhänger von der Nichtigkeit der Ausschüttungen überzeugt und zur Überführung in die Tat gemutet seien. Es wurde nun festgestellt, dass in den meisten Orten das Vertrauensleutesystem zu wenig ausgebaut ist. Was in Ehrendorf möglich ist, muss in den geistlichen Gemeinden umstritten sein. Im Königshain ist zum Beispiel die Organisation vollständig zerschlagen, weil kein Geschäftsführer zu finden ist. Nach Ehren soll eine Werberversammlung abgehalten werden, denn man ist durchaus der Meinung des anstrebennden Geschäftsführers, dass der Volksverein weiterhin bestehen müsse. Hoffentlich sind die frommen Wünsche von gutem Erfolg gekrönt.

nen sie von dem Berichtsschreiber der sozialistischen "Volksgesetzung" in zwei Exemplaren den Lesern vorgelegt und auch unter den Einwohnern verbreitet wird. Eben so unverzichtbar ist es, wenn man in der Ausschüttungsversammlung behauptet, die Kolonie soll ausbezirkelt werden, weil man in Seitenblicke die Wahrheit als "Menschen zweiter Klasse" und Ausdruck der Minderheit betrachtet. Dem muss man folgende Tatsachen entgegenstellen: Herr Aschent hat öffentlich erklärt, dass er im Interesse der Evangelischen die Beibehaltung der Kolonie fordere, weil durch ein Ausbau der evangelischen Schule möglich werde. Das durch die Beibehaltung eine sozialistische Mehrheit sich im Dreiecke ergebe sei nicht unbedingt notwendig und vorauszusezen. Diese Ansicht sind wir auch, aber es zeigt auch klar, dass man sich auf der Gegenseite mit diesem Gedanken beschäftigt, und es ist wohl nur auch klar, welche Interessen die sozialistischen Gemeindetreter verfolgt haben, als sie seit längerer Zeit für die Beibehaltung Stellung genommen haben. Ursprünglich waren nämlich auch die Sozialisten für die Ausbezirkung; das muss auch eindeutig festgestellt werden. Sie haben damals auch „wegen der hohen Kosten“ die Ausbezirkung gefordert. Die bürgerlichen Vertreter haben diese Gründe bis zuletzt bewogen, an ihre Stellung festzuhalten. Und nur für sie trifft das Urteil der umstehendenmannschaftlichen Vertreter zu, dass die Haltung des Gemeinderates ganz richtig gewesen sei. Es ist wiederum eine Unwahrheit, wenn in einer Zeitung behauptet wurde, der Herr Amtshauptmann sei stets für die Beibehaltung gewesen; denn noch im Dezember hat die Amtshauptmannschaft der Gemeinde dringend empfohlen, die Kolonie ausbezirkeln zu lassen, da sie für die hohen Ausgaben nicht leistungsfähig genug sei. Dieses allein ist stets der Grund gewesen, warum eine Ausbezirkung gefordert worden ist. Aus verschiedenen Reden und Gründen fließt es durch, als habe der Gemeinderat die Arbeiter durch die Ausbezirkung schädigen wollen. Wenn man aber nur ein klein wenig logisch denkt kann, findet man, dass dies Gegenstand ist, denn wären die Arbeiter bei den hohen Steuern, die infolge der großen Kosten von der Gemeinde gefordert werden würden, nicht viel stärker benutzt worden als im leistungsfähigeren Hirschfelde?

Wenn nun die bürgerlichen Gemeindetreter jetzt eben falls die Beibehaltung der Kolonie wünschen, ist es erklärlich, weil Hirschfelde nicht nur die Kolonie, sondern auch zwei weitere Güter mit 200 Hektar Feld und eine Fabrik fordert, weil former auf dem fraglichen Gelände in jüngerer Zeit eine neue Fabrik errichtet werden soll und weil höchstlich die Bergmannsiedlungsgesellschaft den Bau der Wasserleitung selbst übernommen will und auch für die anderen Aussagen die Fertigstellung öffentlicher Mittel verpflichtet (1) werden soll und Hoffentlich durch die Einwohnersteuer der Gemeinde auch Mittel zur Deckung der Ausgaben zur Verfügung stehen werden.

Aus den notwendigerweise gedrängten Darlegungen kann jeder erkennen, dass nur die bürgerlichen Vertreter so häufig die Interessen der Gemeinde vertreten haben und somit nach wie vor das Vertrauen der Einwohnerchaft verdienten.

Literatur

Die Barke. Schlesische Monatsschrift aus der Literatur und Künsten mit katholischer Weltanschauung. Herausgeber: Hubertus-Kraft Graf Strachwitz. Druck und Verlag: Bergland-Verlagsschafft m. b. o. Schleiden. Preis des Heftes 1,50 Mark.

Das vorliegende Heft 7 der Barke bringt wiederum eine Reihe entsprechender Gedichte von Baader, Thibaut, A. Zobel, Ernst Hart, Denzel, Alfonso Seinn und ein Lied von Gustav Böhme. „Erinnerung!“ beinhaltet sich eine Abhandlung von Alfons Erdmann, der die gedankenvolle Schriftstellerin „Robin“ von Carl Meiss und die zum Nächstenlieben anregende Abhandlung „Im Horizont des Gottes“ von Alfonso Hapfel folgen. Maria Blümel trug mit einer kleinen Arbeit: „Der Dorfschullehrer“ zum Anhören auf, die durch die Schrift- und Frabandnachrichten des Steueramtes und einen Artikel über die Wiederherstellung des Dekanatsgebäudes im Büchsenfaul von Kloster Leubus von Horand vervollständigt wird. Bücherbesprechungen und Zeitgeschichtsauflösungen sowie die Tafel-Debatten vervollständigen das reichhaltige Heftchen, in dem nichts geläufig ist, was die Barke nun fast einstens Haarglatte beigeht. Hoffen wir, den 1000. Jahrestag beim nächsten Heftchen begrüßen zu können.

Ein neues Buch von Otto Hammann. Zu wenigen Seiten erscheint, wie wir hören, im Verlag von Heinrich Hobbing, Berlin SW. 61, ein neues Buch von O. Hammann, dem langjährigen Leiter der Presseabteilung im Berliner Auswärtigen Amt. Es heißt: „Der misverstandene Bismarck.“ 20 Jahre deutscher Weltpolitik, und bringt in großer Linie die auswärtige Politik von 1890 bis 1910 zur Darstellung. Es soll wichtige Entwicklungen enthalten, noch über diejenigen hinaus, die man schon den drei ersten Erinnerungsblättern Hammanns verdankt.

Rasierklingen schließlich in 24 Stk., St. 15-4, Ras.-Mess., Messer, Scheren pp set null u. null, Elektro Kurs - Schleiferrei auf Dresden-A., Graener Str. 12.

Aerztlich empfohlen!



Viscitin

kräftigt alle!

Kinder, Unterernährte, Kränke, Rekonvalentes, Bleibeflüchtige, Blutarme, Magen-, Darm- und Lungenerkrankte. Besonders empfohlen Sportsleute. Zu haben in allen Apotheken u. Drogeries! Schreibwaren, Dresden 16.

SAXONIA-BUCHDRUCKEREI G.M.B.H.
HOLBEINSTR. 46 DRESDEN-A. 16 FERNRUF 21309

Werbe-Drucksachen
Illustrations-, Drei- und Vierfarbendrucke
Massen-Auflagen in farbigem Rotationsdruck

Geschmackvolle Ausführung :: Kurze Lieferzeit :: Mäßige Preise

Verlangen Sie unverbindliches Angebot